

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

24.1.1921 (No. 19)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptgeschäft-
leiter
C. K. u. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, welche
in Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gebaltene Zeile oder deren Raum 30 P. Briefe und
Gelder frei. Bei Werberbetreibungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung,
in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschleunigtem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Verzug übernommen.

Die Entwicklung der Leder- wirtschaft im Jahre 1920.

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird und geschrie-
ben:

In der Lederwirtschaft war das Geschäft im Jahre 1920
großen Schwankungen unterworfen. Während zu Beginn
des Jahres alle Zweige der Lederwirtschaft ein außerordentlich
lebhaftes Geschäft zu verzeichnen hatten, trat schon im Früh-
jahr eine gewaltige Krise ein.

Die Preise hatten seit dem 15. August 1919, dem Tage der
Aufhebung der Zwangswirtschaft, eine stetig steigende Tendenz
angenommen. Nachleder, das mit ungefähr 25 M. das Kilo-
gramm begann, war im Januar 1920 bei dem Preis von
120 M. angelangt und kostete im März 150 M. Für alle an-
deren Lederarten sowie bei den rohen Häuten und Fellen
war die Preisentwicklung eine gleiche. Mitte März trat dann
plötzlich eine Störung im Absatz ein, die etwa vier Wochen
anhält. Als sich das Geschäft wieder in geringem Maße
belebte, waren die Preise um etwa 50 v. H. gefallen.

Diese Preisentwicklung hielt mit der Bewegung der frem-
den Valuten ungefähr gleichen Schritt. So war beispiels-
weise Eichentinde, die im August einen Höchstpreis von 15 M.
pro Zentner hatte, bis zum Frühjahr 1920 auf 120 M. ge-
stiegen. Von Ende März ab fiel der Preis wieder bis auf
etwa 25 M. Ausländische Gerbstoffe, die in großen Mengen
angeboten wurden, konnten nur nach Lage des Devisenmarktes
eingeführt werden.

Der plötzliche Umschlag zu Ende März traf die Industrie
um so schwerer, als niemand mit einem solchen gerodet hatte.
Die Gerbereien hatten ihre Gerben mit Häuten gefüllt und
größere Bestände an fertigem Leder auf Lager. Der Handel
besaß große Vorräte an rohen Häuten und Fellen sowie an
Leder. In den Schuhfabriken lagerten bedeutende Bestände
an Leder, Halbfabrikaten und fertigem Schuhwerk. Auch die
Schuhhändler hatten sich für den Frühjahrsbedarf
bereits voll eingedeckt. Trotz des Preissturzes ist aber der
anfänglich befürchtete allgemeine Niederrück nicht eingetre-
ten. Fabrikanten und Händler haben die großen finanziel-
len Verluste ertragen. Zahlungseinstellungen sind nur in
geringem Umfange bekannt geworden. Dagegen konnten die
Verbraucher endlich billigeres Schuhwerk kaufen, während bis
dahin ein fühlbarer Käuferstreik bestand. Die Industriellen
wie die Händler waren gewarnt, und werden sich künftigen
Preiserhöhungen gegenüber ablehnender verhalten. Im
Verbitz fehlt dann wieder eine scharfe Aufwärtsbewegung
der Preise ein, die jedoch bereits im Dezember wieder von
einem Rückschlag abgelöst wurde. Dieser ist weniger störend
aufgetreten, da die Interessenten darauf vorbereitet waren.

Die Beschäftigung der Lederfabriken im Jahre 1920 kann
eine gute genannt werden. Nur die Hersteller feiner Leder-
waren litten stark unter mangelndem Absatz. Infolge der
hohen Preise sind die Verbraucher dieser Waren wenig kauf-
lustig, und auch der Handel hält in der Abnahme der Fabrik-
erzeugnisse sehr zurück. Im Offenbacher Industriebezirk war
der Beschäftigungsgrad sehr ungenügend.

Beim Eintritt der Absatzkrise im März 1920 haben die
Schuhfabriken, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden,
ihre Betriebe auf einige Tagesstunden beschränkt, auch vor-
übergehend stillgelegt. Besonders Pirmasens stand vor einer
Katastrophe. Nach Beendigung der Krise wurde im Herbst
der Geschäftsgang lebhafter.

Bei der Treibriemen- und der Handschuhindustrie liegen die
Verhältnisse ähnlich.

Vom Auslandsverkehr ist zu erwähnen, daß nur die Ein-
fuhr von Rohware zugelassen worden ist. Augustleder darf
in unbefristeten Mengen, Gebrauchsleder nur dann ausge-
führt werden, wenn eine entsprechende Menge Rohware vor-
her eingeführt worden ist. Durch die Erhebung einer Aus-
fuhrabgabe konnte das Auslandsgeschäft sich nicht richtig ent-
wickeln. Wegen Jahresende ist deshalb die Abgabe für fei-
nere Lederarten, Lederwaren und Lederhandschuhe auf 0
gesetzt worden. Trotzdem kann von einem befriedigenden Auf-
schwung im Auslandsabsatz nicht gesprochen werden. Das
Ausland besitzt selbst große Bestände an Leder und Lederwaren
und macht daher Anstrengungen, sich der deutschen Konkur-
renz zu erwehren.

In der Versorgung mit Brennmaterialien war die Leder-
industrie in der Hauptsache auf Braunkohle angewiesen. Be-
sonders störend hat die Industrie die häufigen Störungen
in der Versorgung mit elektrischer Energie für Rieht und
Kraft empfunden, die ihren Grund in der mangelhaften Be-
lieferung der Elektrizitätswerke haben.

Oberschlesier!

Die Frist zur Eintragung in die Stimmliste läuft in den nächsten Tagen ab.

==== Gile tut not! ====

Wer seine Photographie noch nicht beschafft und seinen Stimmantrag noch nicht voll-
zogen hat, wende sich sofort an die nächste

Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier

falls er nicht bestimmte Anweisung erhalten hat, die peinlichst befolgt werden muß.

Jetzt muß vor allem zunächst das Stimmrecht gesichert werden.

**Wer die Frist versäumt, gibt sein Stimmrecht preis und übt damit
Verrat am Vaterlande.**

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Die Vergewaltigung Ober- schlesiens.

Von Andreas v. Godesberg.

Art und Ton der Verhandlungen auf der Brüsseler Konferenz
hatten gegen Ende des Jahres in vielen Deutschen die Hoff-
nung erweckt, daß die führenden Männer der Entente begün-
nen, sich allmählich von der Kriegspolizei zu befreien, die sie
bisher immer noch in Bann gehalten und bewirkt hatte, daß
nur Haß und Furcht vor Deutschland, nicht aber vernünftige
Überlegung und der Gedanke an den Wiederaufbau Europas,
ihre Maßnahmen beeinflussten. Wer sich in dieser Hoffnung
gewiegt hatte, wurde nur allzu bald eines besseren belehrt,
denn mit Ende des Jahres 1920 sprach ein wahrer Hagel
von Noten auf uns nieder, die alle ein neuer Beweis für den
Zerstückelungswillen und die Unversöhnlichkeit, besonders der
Franzosen, waren.

Am deutlichsten zeigt sich diese Verblendung und dieser Haß
in den Noten um die ober-schlesische Abstammung. Der Frie-
densvertrag hatte die Bestimmungen für diese Abstammung
völlig klar gelegt. Kein Deutscher, ja kein Unparteiischer,
glaube, daß in dieser Frage irgendwelche Unklarheiten vor-
handen seien. Selbst die Polen hatten gegen die Bestimmungen
als solche anfangs nichts einzuwenden gehabt, wenn sie
naturgemäß auch eine Abstimmung überhaupt für unberech-
tigt erklärten, nachdem man zuerst beabsichtigt hatte, ihnen das
Land ohne weiteres zuzusprechen. Sie waren besonders für
das Abstimmungsrecht der auswärtigen Oberschlesier einge-
treten, da sie hierdurch eine Stärkung ihrer Wähler erhofften.
Mit der Zeit aber, als sie den Irrtum erkannten, setzte mit
großem Geschick ihre Propaganda ein, die dieser Kategorie der
Wähler das Abstimmungsrecht nehmen sollte. Die Franzosen,
die ja stets für alle polnischen Wünsche ein williges Ohr ge-
habt haben, ergriffen natürlich auch diese Gelegenheit, um die
verhassten „Wohes“ zu schädigen. Sie konnten zwar nicht zu
diesem Schritte ohne weiteres die Einwilligung ihrer Ver-
bündeten erhalten. Auch war es ihnen nicht möglich, ohne
weiteres den Versailler Vertrag zu verletzen. So suchte und
fand man den Ausweg der förmlichen Trennung der Stim-
mabgabe, wie sie im Vorschlage Lloyd Georges niedergelegt
wurde. Man war sich bestimmt dessen bewußt, daß die deutsche
Regierung hierzu niemals ihre Zustimmung geben würde.
Nach der Ablehnung ging man dann noch viel offensichtlicher
auf die polnischen Wünsche ein und bestimmte die zeitliche
Trennung der Abstimmung, indem man behauptete, daß diese
nicht gegen den Friedensvertrag verstoße. Die deutsche An-
wortnote vom 4. Januar erhebt mit Recht hiergegen schärfsten
Protest.

Man kann hier davon absehen, die deutschen Interessen,
die auf dem Spiele stehen, näher zu beleuchten. Es handelt
sich aber nun nicht um diese allein. Die getrennte Abstim-
mung schlägt vor allem auch jedem demokratischen Prinzip
ins Gesicht, für das doch die Entente angeblich den Weltkrieg
geführt hat. Dieses Prinzip verlangt freie, geheime und un-
beeinflusste Abstimmung bei Volksbefragungen. Davon kann
in Oberschlesien in dem Augenblick nicht mehr die Rede sein,
in dem die Abstimmung getrennt vorgenommen wird. Die
deutsche Note weist darauf hin, indem sie die Möglichkeit der
Geheimhaltung des Wahlergebnisses der ersten Abstimmung
begreifelt und nachweist, daß den Polen die Möglichkeit viel
größerer Willkür den von auswärts Zustromenden gegenüber
gegeben ist, die einer getrennten, wie bei einer einheitlichen
Abstimmung; denn im ersten Falle können sie ihre Stimm-
truppen überall dort verteilen, wo sie glauben, das Ergebnis
besonders fürchten zu müssen. Außerdem ist jeder am zweiten

Termin Abstimmende sofort als Auswärtiger kenntlich und
damit dem Terror fanatischer Elemente ausgesetzt, wenn nicht
von Seiten der Besatzungstruppen und der Apo ganz andere
Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, als dies bisher ge-
schehen ist. Das zu hoffen hat man wenig Grund, solange
nicht hierfür bestimmte Garantien vorliegen. Vor allem aber
muß bedacht werden, daß das Abstimmungsergebnis nicht
völlig geheim gehalten werden kann, da die Polen kein Mit-
tel unversucht lassen werden, wenigstens Teilergebnisse zu
erfahren und bekannt zu geben. Wie berechtigt diese Erwä-
gung ist, zeigen die Auslassungen des Pariser Korresponden-
ten der polnischen Zeitung „Niezapomnita“, der bereits vor
einigen Tagen schrieb, daß eine Geheimhaltung unmöglich
sein würde, und daß dies ein moralischer Triumph in den
Händen Polens wäre.

Man kommt bei diesen Betrachtungen, besonders aber an-
gesichts des Abstimmungsreglements des Generals Le Rond
immer mehr zu der Überzeugung, daß die Franzosen mit
allen Mitteln versuchen, Oberschlesien an Polen fallen zu
lassen. Es sei nur auf die Tatsache hingewiesen, daß sowohl
bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen, wie jetzt in
Oberschlesien, als Stichtag der Wahlberechtigung stets ein
Datum gewählt ist, das mit dem Abschluß des polnischen Zu-
trages in diese Gebiete und dem Beginn der deutschen Ab-
wehr zusammenfällt, so daß die Wirkungen des letzteren bei
der Abstimmung in Frage kommen, die der letzteren aber
nicht. So hatte in Oberschlesien die Einwanderung der Po-
len etwa im Jahre 1900 ihr Ende gefunden, während die
Städte, deren Arbeiter, Beamten- und Kaufmannsbevölke-
rung meistens aus Mittel- und Niederschlesien zusammen-
strömte, gerade in den späteren Jahren bis 1914 auslieferten.
Alle diese Personen also, die nach 1904, dem von General
Le Rond bestimmten Stichtag, in dem festen Glauben, Ein-
wohner des Landes zu werden, nach Oberschlesien gekommen
waren, sollen nunmehr kein Recht haben, über das Schicksal
ihrer Heimat zu entscheiden, obwohl sie, jedenfalls soweit sie
bis 1908 zugewandert sind, bei einem eventuellen Anschluß
an Polen ohne weiteres polnische Staatsbürger werden. Dar-
aus schon erkennt man das Unrecht, das den gesamten Ober-
schlesien, deutsch oder polnisch gesinnten, durch die Bestim-
mungen des Obersten Rates und des Generals Le Rond ge-
scheit, wenn ja auch letzten Endes der leidende Teil nur die
Deutschgesinnten sind.

Diese offensichtlich einseitige Stellungnahme in der ober-
schlesischen Frage muß umso mehr verwundern, wenn man be-
denkt, daß dieselbe vor allem auch eine Weltfrage ist. Die
Haltung der Franzosen, die ja den Ausschlag geben, beweist,
daß sie nur der Gedanke an die völlige Unschädlichmachung
Deutschlands, nicht aber Rücksichten weltwirtschaftlicher Art,
geleitet haben. Es tritt dies umso trasser in Erscheinung, als
gerade in letzter Zeit von allen Seiten, besonders von Neu-
tralen und Amerikanern, auf die Wichtigkeit dieses Momentes
hingewiesen worden ist und betont wurde, daß Oberschlesien
infolge seiner kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen
Entwicklung nur als Bestandteil Deutschlands den Ansprüchen
der Weltwirtschaft entsprechen könne, daß es dagegen im po-
lischen Reich allein als Ausbeutungsobjekt benutzt, unratio-
nell werden und seinem langsamen Verfall entgegengehen
müsse. Da auch auf englischer Seite dies in weiten Kreisen
erkannt ist, erscheint die jetzige Haltung der Entente umso
unverständlich. Viele dieser Momente dürften dort nicht
genügend erkannt und berücksichtigt sein, weshalb im Welt-
interesse ebenso sehr wie im ober-schlesischen und deutschen In-
teresse nur zu hoffen ist, daß es noch zu Besprechungen zwi-
schen der Entente, Polen und Deutschland hierüber kommen
wird, wie es von deutscher Seite in der letzten Note wiederum
vorgeschlagen wurde.

Die Beantwortung der Brüsseler Fragen.

Die Regierung veröffentlicht weitere Antworten auf die Brüsseler Fragen der Entente.

Frage 20 lautet: Auf welche Weise ist über die Vorkäufe und die Zahlungen verfügt worden, die Deutschland gemäß dem Spa-Abkommen erhalten hat? Wie weit hat sich die Beschäftigung der deutschen Bergleute und der arbeitenden Bevölkerung verbessert?

Darauf wird gantwortet:

1. Die Devisen aus den auf Grund des § 6 des Kohlenabkommens von Spa vom 16. Juli 1920 gezahlten Kohlenvorkäufen werden fortlaufend zur Bezahlung der Getreideimporten verwandt. Der Gegenwert der fünf Goldmark in Papiermark wird für Sonderzweckungen verbilligter Lebensmittel an die Bergarbeiter benutzt.

2. Die für die Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter seit Inkrafttreten des Abkommens von Spa besonders aufgewandten Beträge haben folgende Sonderzuweisung ermöglicht: 1. Eine Wurzulgabe von 500 Gramm wöchentlich für jeden Bergmann und eine um 100 Prozent erhöhte Stützulgabe von 200 Gramm ebenfalls für jeden Bergmann; 2. 500 Gramm Fett, Schmalz oder Speck für den Kopf der zu 70 v. H. überhöhten verarbeitenden Belegschaften; 3. verbilligte Kleidung und Schuhwerk. Im Ruhrgebiet ist außerdem zeitweise Kaldaumilchlieferung ausgegeben worden.

In den vier Monaten vor Inkrafttreten des Spa-Abkommens betragen die für die Ernährung der Bergarbeiter monatlich besonders aufgewandten Beträge durchschnittlich 35 Millionen Mark. Seitdem sind sie auf durchschnittlich 124 Millionen monatlich, im November auf 190 Millionen gestiegen. Eine Verbesserung der Ernährung der sonstigen arbeitenden Bevölkerung Deutschlands mit Hilfe der Vorkäufe konnte ebensowenig erzielt werden, als der Getreidebedarf Deutschlands infolge der schlechten Ernte den Vorkauf ganz erheblich überstiegen hat.

Frage 18: Wie hoch belaufen sich die Einnahmen der deutschen Regierung aus dem Verkauf von Staatsanleihen? Wie ist der Erlös verwandt worden?

Antwort: Der Erlös aus der Verwertung derartigen Eigentums ist in den Beträgen von zusammen 4888 Millionen Mark enthalten, die als Rücknahme bei dem Anleihefonds verrechnet worden sind, so daß sich die Reichsschuld in Höhe dieses Betrages vermindert.

Frage 21: Wie hoch sind die Verbrauchsabgaben auf Luxusartikel, vor allem auf Bier, Branntwein, Wein, Schaumwein, Zucker, Tabak, Tee und Kaffee?

Die Antwort wird durch die deutschen Steuer- und Zollsätze gegeben und dazu bemerkt, daß die Materialien über die entsprechenden Steuerätze in England und Frankreich der deutschen Delegation nicht zur Verfügung stehen. Es wird um Mitteilung des Materials gebeten. Dann soll eine Vergleichung ausgearbeitet werden.

Die Frage 22, welchen Teil der ausländischen Schulden Deutschlands seit dem Waffenstillstand bezahlt hat, wird dahin beantwortet, daß in den Schulden des Deutschen Reiches seit diesem Zeitpunkt keine Änderungen eingetreten sind.

Die Frage 23 lautet: Inwiefern hat das jetzt in Geltung stehende Steuersystem in Deutschland seine volle Ertragsfähigkeit erreicht?

Antwort: Das ist schwer zu sagen. Wenn man dabei die Steuererträge ins Auge faßt, so kann man überhaupt nicht sagen, wann die einzelnen Steuern den höchsten Goldmarktrag bringen werden. Das hängt eben von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und von der Gestaltung des Geldwertes ab. Wenn aber die Frage so zu verstehen ist, bis zu welchem Zeitpunkt die Veranlagung normal funktionieren wird, so dürfte das der Fall sein, sobald die großen einmaligen Steuern veranlagt sind. Die Kriegszulage ist bis auf einige Bezirke veranlagt. Die Veranlagung des Reichsnotopfers ist im Gange. Man kann jetzt schon sagen, daß seit Oktober die Veranlagung der verschiedenen Steuern befriedigend vor sich geht. Einige Steuern, die allgemeine Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer, werden erst nach Schluß des Kalenderjahres 1920 zur Veranlagung kommen. Das liegt in dem Gesetz selbst begründet, weil die Veranlagung ansieht auf das Umsatzergebnis bzw. an das Einkommen der Körperschaften im Jahre 1920. Beide können aber erst nach Schluß des Jahres festgestellt werden.

Landestheater.

„Zwangseinquartierung.“

Wenn es die Aufgabe des Schwanks ist, unter Ausschaltung jeglichen literarischen Ehrgeizes, einzig und allein das Publikum zu unterhalten, es immer und immer wieder zum Lachen zu bringen durch das Herbeiführen der tollsten und unmodestesten Szenen, dann haben die Herren Verfasser des Schwankes „Zwangseinquartierung“ Arnold und Bach ihr Ziel vollkommen erreicht. Hand aufs Herz, wir haben alle unendlich gelacht, ob wir wollten oder nicht, über den alten Schwabe, der sich aus der Umarmung der Zeit in die Stille seiner neu entstandenen Villa flüchten will, um seine Tage in Bescheidenheit und Behaglichkeit zu verbringen. Ja, proff Wahheit, wenn nicht dieser unglaublich freche Dr. Hans Hellwig Degener dem Wohnungsamt wäre. Zwangseinquartierung ist Trampel, sie ist der beste, tollster arbeitende deus ex machina, dessen sich die beiden Verfasser ausgiebig bedienen. Mit Zwangseinquartierung läßt sich alles machen, mit ihr ist die Plattform für eine Situationskomik jeglichen Maßes gegeben, zumal dieser Dr. Hans Hellwig seine Macht steupellos ausnützt und sein Amt in geradezu großartiger Weise führt als ein Meister der Chitane. Der gute Onkel Schmalbe muß sich zur Herstellung des heiligen Gleichgewichts sehr oft sein fälschliches Wort zu werden: „Anon, zieh die Dremsel an!“ Daß es auch an satirischen Seitenhieben auf so manche Erscheinungen unserer an überausgehungen reiden Zeit nicht fehlt, ist bei einem Theaterstück, das ganz und gar aus der aktuellen Gegenwart geschöpft ist, nicht weiter verwunderlich.

Der neue Schloher hatte dank der trefflichen Regiearbeit des Herrn Raumbach vollen Erfolg. Alle Möglichkeiten der Komik waren herausgeholt. Der Kontakt mit dem Publikum war bald hergestellt, und die Witze zündeten vor-schriftsmäßig. Die Besetzung war wohl überlegt. Jeder Mann am richtigen Platz. Herr Höcker als Schwabe ein dankbares Objekt übermütiger Verulkerei, Herr Esfel als Dr. Hans Hellwig ein geistiger Manager, mit unwiderstehlicher Liebenswürdigkeit seine Chitane inszenierend. Er sorgte meisterhaft dafür, daß die Schabenszüge zu ihrem Recht kam. Und darum herum ein munteres Volkchen mehr oder weniger sympathischer Mitmenschen, die im Hause Schmalbe für Abwechslung sorgten: der lodengeschmüdte musikalische Neffe Herr Würtners, der biedere Obermann Herr v. d. Trend-Ilricis, die fidele Helene, Herr Kaffes, die raffige Etella Kereslösbägi mit ungarischen

Die Frage 12h: Ist das Steuersystem schon voll angewandt?

Antwort: Bis Oktober hat der Eingang der neuen Steuern in vielen zu wünschen übrig gelassen. Das Oktoberergebnis entspricht bei den Hauptsteuern, der Einkommensteuer und dem Reichsnotopfer, dem erwarteten durchschnittlichen Monatsergebnis.

Frage 12c: Sind größere Erträge zu erwarten in den kommenden Jahren, ohne neue Steuern durch Besserung der Ausführung der Steuererträge und bessere Deklaration?

Antwort: Eine mäßige Vermehrung infolge von Verbesserung der Steuererträge scheint nicht ausgeschlossen, da Maßnahmen getroffen worden sind, durch welche die Erhebungstechnik möglichst vervollkommen werden soll. (Z. B. eingehende Ausbildung einer größeren Zahl von Finanzbeamten im Buchführungswesen.) Ein Mehrertrag der Zölle könnte unter sonst gleichen Verhältnissen, also bei gleicher Einfuhr vielleicht auch erzielt werden, wenn von seiten der alliierten Mächte dem Reiche die Möglichkeit gegeben würde, durch eine genügende Zahl von Beamten und entsprechende Bewaffnung die Grenzkontrolle noch mehr zu verschärfen, als dies in der letzten Zeit geschehen ist. Eine Steigerung der Erträge infolge Erhöhung des Einkommens dürfte in späteren Jahren dagegen kaum zu erwarten sein. Die heutigen hohen Ansätze bei der Einkommensteuer und bei einigen anderen direkten Steuern sind hauptsächlich auf die Steigerung des Nominal-einkommens, d. h. auf den gesunkenen Geldwert zurückzuführen. Steigt das reale Einkommen durch erhöhte Produktion und sinken damit die Preise, so ist eher mit einem Rückgang, fast aller Steuererträge als mit einer Vermehrung zu rechnen. Durch die starke Geldentwertung werden die Steuererträge nicht unerheblich erhöht. Eine Steigerung der Einnahmen durch Eingang von Steuerrückständen aus dem Finanzjahr 1920/21 dürfte in nennenswertem Umfang kaum zu erwarten sein. Diejenigen Steuererträge, die auf das Jahr 1920/21 nach dem 31. März erfolgen, sind im Etat für übertragbar erklärt worden, so daß bei Rechnungsabluß des Jahres 1920/21, der erst im Laufe des Rechnungsjahres 1921/22 erfolgt, auch solche später bezahlten Beträge mit verrechnet werden können. Das ist geschehen mit Rücksicht auf den Rückstand der Steuerveranlagung. Weiter ist zu bedenken, daß etwaige trotzdem erforderliche rückständige Steuern dadurch mehr als aufwogen werden, daß im Etat 1920/21 erhebliche Beträge an einmaligen Steuererträgen (Kriegsgewinnsteuer) enthalten sind. Diese werden im nächsten Etatsjahr nur noch geringe Beträge bringen und dann fortfallen.

Die „Times“ melden, daß die deutsche Antwort auf die 41 von den alliierten Finanzsachverständigen den deutschen Sachverständigen in Brüssel unterbreiteten Fragen von den alliierten Vertretern im ganzen als sehr befriedigend angesehen werde, da sie die Reparationsfrage aus dem Bereich der Theorie in den Bereich der harten Wirklichkeit bringe.

Politische Neuigkeiten.

Ein Interview mit Staatssekretär Bergmann.

Der Redakteur des „Intransigant“, de Gohart, hat Herrn Bergmann interviewt. Bergmann erklärte nach einer Perifer Wendung der „Ab. R.“, es sei nicht richtig, daß Deutschland die fünf Annullitäten von je 2 Millionen Goldmark, wovon eine halbe Milliarde Goldmark abgezinst habe, d. h. er könne diese Rückricht nicht bestätigen, soweit es sich um die Ziffern handele. Es sei aber richtig, daß die deutsche Regierung sich aus Gründen der Verantwortlichkeit bereit erklärt habe, über die Festsetzung der Entschädigung zu verhandeln. Der deutsche Standpunkt liege einer Kaufsumme bedeutend näher, als Annullitäten, welche die Zukunft nur im Ungewissen lassen. Wenn Deutschland endlich weiß, was es zu zahlen hat, so wird das für die Deutschen, die positiv veranlagt sind, ermutigend wirken. Was die in Brüssel gemachten Angebote betreffe, so sei Deutschland bereit, diese Angebote ernstlich in Erwägung zu ziehen. Allein es sei nicht in der Lage, sich ganz bestimmt zu äußern, da die Sachverständigen in der Wiedergutmachungsfrage nichts Bestimmtes hätten vortragen lassen. Jedenfalls aber würde Deutschland niemals versprechen, daß man von ihm während 42 Jahre Ratenzahlungen verlange, wo

doch um diese Zeit die Wiedergutmachungen des Krieges längst erfolgt seien. Des weiteren ist Deutschland außerstande, trotz seines guten Willens, Ratenzahlungen in Gold zu machen. Deutschland hat nicht einmal selbst genug Gold, um seine Einfuhr zu bezahlen. Man könne der Entente, d. h. der Wiedergutmachungskommission, den guten Willen Deutschlands beweisen, indem man der Entente Waren liefere, namentlich Kohlen. Wenn Deutschland z. B. 2 Millionen Tonnen Kohlen lieferte, so komme das auf dasselbe heraus, als wenn Deutschland eine Milliarde Goldmark zähle. Deutschland könne aktiv am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete helfen, denn es könne Tausende von Häusern liefern und Arbeiter stellen, aber es habe kein Geld. Leider besteht eine Schwierigkeit und zwar darin, daß der Versailler Vertrag eine Wiedergutmachungskommission vorsehe.

Der ganze Vertrag sollte eigentlich nur mit Frankreich gemacht werden, denn Deutschland erkenne an, daß Frankreich am meisten unter dem Kriege gelitten habe. Er, Bergmann, glaube an die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens von Deutschland mit Frankreich, denn auch ganz Deutschland be-areife die Notwendigkeit, daß man Frankreich helfen müsse. Es gebe keinen deutschen Arbeiter, der nicht die Bedeutung der deutschen Schuld gegenüber Frankreich erfaßt habe. Hier ist zu sagen, daß die Aufgabe der Deutschen unpar-teiischer, um nicht zu sagen, vertrauensvoll behandelte und einsehen würde, daß auch Deutschland mit ungeborenen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, und wenn Frankreich sich endlich dazu herbeilassen würde, nicht immer die deutsche Unabhängigkeit in Zweifel zu ziehen. Wenn die Entente und besonders Frankreich die deutsche Gesamt-schuld aufstellen würden, so würde damit ein großer Fortschritt erzielt und der Friede um ein großes Stück näher gerückt.

Deutschland braucht 3-5 Jahre, um sich wirtschaftlich zu erholen. Wenn morgen die deutsche Schuld festgesetzt ist, so würde niemand mehr unter der lähmenden Ungewißheit leiden. Sobald Deutschland den genauen Umfang seiner Schuld kennt, kann es binnen kurzer Zeit mit Amerika ein Finanzabkommen treffen und den Weltmarkt wieder betrauen einfließen, dessen er gegenwärtig ermangelt. Wenn es Deutschland gelingt, sich über seine Schuld mit Frankreich direkt zu verständigen, so wird auch die Verständigung mit der übrigen Entente Staaten ungleich leichter fallen.

Deutscher Reichstag.

* In der Samstagssitzung wurde, nachdem das Haus zunächst den Gesetzentwurf über die Betriebsbilanz ohne Erörterung an den Ausschuss verwiesen hatte, die Novelle zum Einkommensteuergesetz in erster Lesung beraten. In der Aussprache nahm auch der Reichsfinanzminister zu wiederholten Malen das Wort. Von den Parteien sprachen die Wgg. Reil (Soz.), Helfferich (D.-natl.), Hompel (F.), Herr (U.S.), Beders-Hessen (D. B.), Diewets (Komm.), Pöhlmann (Dem.) und Heim (F. B.). Der Gesetzentwurf ging sodann an den Ausschuss aus. Heute, Montag, wird die Beratung fortgesetzt.

In Hauptansicht des Reichstages wurde eine Entscheidung des Abg. Koch (Soz.) einstimmig angenommen, wonach das Arbeitsministerium und die übrigen beteiligten Ministerien erucht werden sollen, mit dem Verkehrsministerium und dem Reichsfinanzministerium über die Beschaffung außerordentlicher Arbeitsgegenstände zu verhandeln. Der Hauptan-schlag bewilligte ferner sämtliche Positionen über ein Arbeitsvermittlung. Es befanden sich darunter 550 Millionen für die unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge, außerdem 44 Mill. M. erhöhte Reichsbeiträge für die Erwerbslosenfürsorge.

Die neuen Postgebührensätze.

* Im Reichspostministerium wurde dieser Tage mit dessen Verkehrsbeirat unter Vorsitz des Reichspostministers der notwendig gewordenen vorläufige Entwurf eines Post- und Tele-graphen-Gebühren-Gesetzes durchberaten. Nach diesem dem Reichstag und Reichsland vorzulegenden Entwurf beschließt der Reichspostminister u. a. folgende neuen Gebührensätze vorzuschlagen:

Für Briefe bis 20 Gramm 60 Pf.; über 20 bis 250 Gramm 1,20 M.; für Postkarten 40 Pf.; für Drucksachen bis 50 Gramm

Augenfunkel und Liebesgezwitscher. Fr. Waderles, die sehr witzbegehrige Frau Bollmann von Frau Ritz, der wein-selige Kente Herr Gemmeles, die energische Auguste von Fr. Genter und das moderne Dienerpärchen von Fr. Müller und Herrn Müller. Alles gut geschauten Typen in satirischer Aufmachung. Das Publikum unterhielt sich ausgezeichnet und rief die Hauptdarsteller und den Regisseur immer wieder vor den Vorhang. Hugo Koller.

Cavalleria rusticana. — Bajazzo.

Unter den zahlreichen Gastspielvorstellungen, die unsere Oper in dieser Spielzeit zur italienischen Drehorgel machten (trotz einiger Walgen deutscher Herkunft), waren nicht alle reizvoll genug, um die negative Begeisterung zu paralysieren, die ein auf kurze Zeit zusammengedrängter drei- und vier-maliger pflichtweiser Besuch eines „Traubadour“ und „Ango-lito“ oder eines beliebigen anderen Werkes normalerweise erwecken muß. Also angenehmer wirkt es darum, wenn eines dieser Gastspiele aus dem Rahmen des Mittelmäßigen herausfällt, wie es gestern Abend der Fall war. Herr Walter Sieber aus Chemnitz, der auf Verpfichtung den Turiddu gab, ist einer jener Bühnenkünstler, die vom ersten Moment an zu fesseln verstehen. Eine schlaffe, biegsame, jugend-lich frische Gestalt, ein Spiel von einer Behaftigkeit, Natürlichkeit und Intelligenz, wie wir es hier seit Jahren bei keinem Vertreter seines Faches beobachtet, und eine frische, lang-schöne, leicht ansprechende, ausgiebige und charakteristische Ausdrucksfähige Stimme, der zwar noch etwas sorgfältigere Kultur zu wünschen ist, die aber offenbar auch die Grenze ihrer Entwicklungsmöglichkeit noch gar nicht erreicht hat — das sind die hauptsächlichsten Eindrücke, die man nach diesem ersten Auftreten des Künstlers gewinnen mußte. Freilich erhebt sich auch hier wieder die Frage, ob der Bewerber auch den Anforderungen des Mozartsanges genügen werde; wie hätten es jedenfalls lieber gesehen, wenn er anstelle des Rynel in der morgigen Aufführung der „Martha“ den Tamino in der für nächsten Sonntag angeetzten „Zauberflöte“ fänge. Immerhin glauben wir, daß — falls das morgige Auftreten Herrn Siebers den sympathischen Gesamteindruck seiner gestrigen Leistung bestätigt — eine Verpfichtung des Künstlers kein künstlerisches Mißo bedeuten würde.

Weniger erquicklich gestaltete sich die Verkörperung der „Nedda“ im „Bajazzo“ durch eine junge Anfängerin aus Mainz. Die gesanglich, vor allem aber darstellerisch noch keineswegs Bühnenreife ist und für eine Verpfichtung an unsere Bühne unmöglich in Betracht kommen kann. E. H. F.

Konzert = Wochen = Rückblick.

Der häßliche Hader und Streit um deutsches Hab und Gut nimmt seinen Fortgang. Antische Noten und kein Ende, Konferenzen um Konferenzen und doch immer nur ein einseitiges Diktieren und Fordern, ein unmenntliches, wahn-sinniges Martern und Quälen eines irrefeleiteten, strebsamen Volkes. Die Zukunft ist tiefschwarz verhangen. Und doch bricht langsam ein Strahl der Hoffnung durch, aus dem besten Innern der Nation kommend, von dort her, wo Einsicht und menschliches Mißfühlens nicht erloschen sind. Kunst und Wissenschaft strecken die Hände aus über die in Waffen störenden Grenzen hinweg und suchen Föhling mit deutschem Geist und deutscher Kunst. Schüchtern nur erst wagen sich die ersten Anzeichen alter Berechnung wieder hervor. Allen voran marschiert die Musik und beginnt das Werk der Ver-söhnung, für das die Politik heute noch nicht reif ist. Aber die Musik marschiert. Die Musik Wagners hat sich Paris neu erobert. Das soll uns ein Zeichen sein! Deutscher Geist und deutsche Kunst sollen uns von nun an die Waffen liefern, mit denen wir die Welt erobern.

Und auch das Ausland bringt uns seine Werke, um und über den Stand seines Schaffens zu orientieren. So knüpfen sich Fäden herüber und hinüber und wirken ein unsichtbares Band des Friedens um die Nationen. In diesem Sinne hatte der „Nordische Abend“ am letzten Mittwoch (Festhalle) nicht nur künstlerische Bedeutung. Seiber vander Floe ist uns Karlsruhern kein Fremder mehr. Er ist ein begeisteter Bewunderer deutscher Musik. Diesmal hat er uns die Bekanntschaft mit einer Reihe dänischer Komponisten der Gegenwart mit unserem Landesorgelmeister seine 2. Sinfonie selbst zur Aufführung (Trausführung). Eine poetische Aus-deutung der einzelnen Sätze (auf der Rückseite des Pro-gramms) sollte den Hörer in bestimmte Rahmen lenken, ohne damit ein Programm geben zu wollen. Die kürzeren Phantasiebilder wollen vielmehr Symbole für innere Erlebnisse sein. Also Expressionsismus! Besser ist es schon, der Kom-ponist legt sein Werk ganz und gar vertrauensvoll in die Hände seiner Hörer. Sie werden, wenn ihr Inneres ent-zündet wird, die Sprache der Töne schon zu deuten wissen. Die Wiedergabe der farbenreichen Tonbildung, die wenig-ger eine durchkomponierte, architektonisch aufgebaute Arbeit als vielmehr eine Reihe phantastischer Stimmungsbilder darstellt, wurde nicht sehr eindrucksvoll gestaltet; es fehlte die Kraft, die Geschlossenheit, die Kontrastwirkung.

20 Pf.; über 50-100 Gramm 40 Pf.; über 100-200 Gramm 60 Pf.; über 200 bis 500 Gramm 80 Pf.; über 500 Gramm bis 1 Kilogr. 1 M.; für Geschäftspapiere ebenso Wertschuldungen bis 250 Gramm 60 Pf.; über 250-500 Gramm 80 Pf.; über 500 Gramm bis 1 Kilogr. 1 M.; für Warenproben bis 250 Gr. 60 Pf.; über 250 bis 500 Gramm 80 Pf.; für Päckchen bis 1 Kilogramm 2 M.; für Pakete in der Postzone bis 5 Kilogramm 3 M.; über 5-10 Kilogramm 6 M.; über 10-15 Kilogramm 12 M.; über 15-30 Kilogramm 18 M.; in der Fernzone entsprechend 4 M., 8 M., 16 M. und 24 M. Beachtenswert ist ferner die Ausföhrung einer Mindestjahresgebühr im Leistungsverkehr von 1,80 M. für die Jahresnummer sowie die künftige Erhebung der Post, wenn die Verpackung der Leistungen an Stelle des Besizers besorgt wird, daraus erwachsenden Selbstkosten. Auch die Postgebühren erfahren eine Erhöhung von 10 bis 30 Prozent. Die Postgebühren für Telegramme soll künftig betragen bei gewöhnlichen Telegrammen 30 Pf. (Mindestgebühr 3 M.), bei Prestelegrammen die Hälfte dieser Sätze.

Beschlagnahme eines polnischen Waffentransports.

Der „Obersteleische Wanderer“ schreibt unter dem 21. 1.: Heute morgen 3 Uhr wurde drei Kilometer südlich von Kupiau ein polnischer Waffentransport beschlagnahmt. Auf vier Wagen waren 15 Maschinengewehre, Handgranaten, Kurzgranaten und Munition von der polnischen Grenze aus dem Dorfe Ossenla herübergekommen. Die Waffen wurden von einer Streife der Absteuerrückstellungen beschlagnahmt. Die sechs Begleiter, alles bekannte Polen aus Ostpolen, sind entlassen. Der Kreisfunktionsleiter von Künzelsau begab sich an Ort und Stelle und nahm die Untersuchung auf. Am 21. gibt die interalliierte Kommission bekannt. Bei Nacht wurden durch interalliierte Truppen und die Absteuerrückstellungen folgende Waffen beschlagnahmt: 15 Maschinengewehre, 20 Revolverläufe und 140 Pistolen mit 50 000 Schuß Munition, 100 Handgranaten und 101 Kurzgranaten.

Kurze polit. Nachrichten.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat zu einer längeren Sitzung zusammen. Gegenstand der Tagesordnung waren Fragen der auswärtigen Politik. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

Die Sozialversicherungskommission hat beschlossen, ihre Beratungen über die Sozialversicherung der Kasse am nächsten Dienstag fortzusetzen. An diesen Beratungen werden außer den in Betracht kommenden Ressortministern auch hervorragende Rechtsgelehrte als Gutachter teilnehmen. Den Beratungen sollen Richtlinien zugrunde gelegt werden, die die in Offen verformelten Mitglieder der Kommission aufgestellt haben.

Ein Beamtenrätegesetz? Der preussische Minister des Innern, Seuring, kündigte in einer Rede in Kassel an, daß die preussische Staatsregierung ihre Vertreter im Reichstag am Montag instruieren werde, die Vorlegung eines Beamtenrätegesetzes im Reich zu verlangen.

Internationale Diskussion für Österreich. Wie dem „Lyoner Progrès“ aus Paris gemeldet wird, haben sich die französische und die englische Regierung neuerdings dahin geeinigt, daß am Montag in Paris zusammenzutretenden Entente-Konferenzen eine internationale Diskussion zugunsten Österreichs vorzuschlagen. Die Durchführung des Planes, der aus einer Kreditbeschaffung von nicht weniger als 250 Millionen Dollar bestehe, werde jedoch in letzter Linie von der Teilnahme der Vereinigten Staaten abhängen.

Lord George, Lord Curzon und die Mitglieder der englischen Delegation sind in Paris eingetroffen. Zu gleicher Zeit mit den englischen Delegierten ist der italienische Botschafter de Martino in Paris angekommen. Wie der „Temps“ meldet, soll heute nach Eröffnung der Sitzung des Obersten

Ein Jugendwerk von Rud-Langgaard, „Spring“, betitelt, fand lebhaften Beifall. Der bedeutendste der drei Dänen ist zweifellos H. Reich-Knudsen. Die Ballade „Lebte Begegnung“ wurde von Herrn v. Gortom prächtig gesungen, mit beredender Wärme und Kraft des Tonnes. Frau Rott-Sajó dagegen ließ den Liebden manchen schuldig. Man bemerkt innere Anteilnahme. Das Festinale „Münchner Carneval“ machte den Beifall des Abends. Ein Werk, in dem Daseinsfreude steht und das kompositorisches Können verrät. Die Wiederholung durch unser Orchester unter der temperamentvollen Leitung des Herrn Seiber von der Fiole war virtuos. Die drei anwesenden Komponisten wurden zusammen mit dem Dirigenten mit lebhaftem Beifall bedacht.

Das Pfälzische Landes-Sinfonie-Orchester, das am Donnerstag sein III. Sinfoniekonzert gab, beginnt sich langsam durchzusetzen. Die Festhalle wies zwar immer noch große Lücken auf, aber im Vergleich zu den zwei ersten Konzerten war der Besuch doch schon bedeutend besser. Das Konzert erhielt seine Bedeutung durch die Mitwirkung von Professor Josef Rembau, der das zweite Konzert für Pianoforte und Orchester von Franz Liszt in überwältigender Weise zu Gehör brachte. Rembau's Spiel ist virtuos und glanzvoll. Die rauschende musikalische Kraft des effektvollen Klavierstücks wurde mit zündendem Schwung in unsere Ohren gezaubert. Das Publikum war hingerissen, der Beifall entzündlich.

Einleitend spielte das Orchester eine „Fantasie-Ouverture“ von Richard Wagner. An dieses Werk ist alle Liebeshäufigkeit am besten beschränkt. Wagners Stellung zum Faust-Problem ist ganz und gar außerordentlich.

Mit großer Eingabe setzte sich Herr Generalmusikdirektor Prof. Ernst Hoehe für die II. Sinfonie von Hermann Bischoff ein. Das Werk leidet etwas unter Allzu großer Breite. Andererseits weiß es doch zu fesseln durch die Eindringlichkeit der Thematik und oft originelle Art der Instrumentation. Das Intermezzo und das Allegro molto vivace e can brio sind reich an wichtigen, geistreichen Einfällen. Herr Prof. Hoehe dirigierte mit überlegener Sicherheit und Verhalt der Komposition zu einem starken Erfolg.

Der Klavierabend von Frau Alice Krüger-Nease im Eintrachtssaal war leider durch die Unruhe der Witterung beeinträchtigt. Die Künstlerin, eine Schülerin Professor Odensteins, wählte zu ihrem Konzert als erste Programmnummer Beethoven's Cdur-Sonate (Waldsteinsonate) op. 59. Im ersten Allegro-Satz bewies sie gute Auffassung, im zweiten Satz virtuose Technik und ausgezeichneten Vortrag. In Chopins 12 Präludien op. 28 erfaßte die Künstlerin den Geist des Komponisten in seinem klassisch-romantisch-deutlichen Element, doch vermählte ich bei aller Achtung vor dem Spiel seelische Tiefe, wie auch bei den folgenden Brahms-Variationen in D-dur op. 21 und Brahms-Opus 10 in Es-dur op. 119.

Mates in erster Linie die Frage der Entlohnung der Einzelmechaniker behandelt werden. Man glaubt, daß das Reparationsproblem erst am Dienstag zur Besprechung gelangen wird.

Badische Ueberlicht. Badischer Landtag.

LPD. Der Haushaltsausschuss des Landtags hat sich gestern nachmittag eingehend mit der Frage der Getreidezwangswirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1921/22 befaßt, nachdem schon in der öffentl. Donnerstagssitzung des Landtags diese Frage von einigen Rednern erörtert worden war. Nach vierstündiger Beratung beschloß der Haushaltsausschuss nachfolgenden Antrag dem Landtag zur Annahme zu empfehlen:

Die Regierung wird ersucht, 1. dahin zu wirken, daß die jetzige Zwangswirtschaft für Getreide für das Wirtschaftsjahr 1921/22 aufgehoben und an ihre Stelle wenn irgend möglich ein Untergewährsystem gesetzt wird, welches dem Landwirt zur Ablieferung einer angemessenen Menge seiner Erzeugung verpflichtet, im übrigen aber ihm die freie Verfügung über das von ihm erzeugte Getreide überläßt, 2. dahin zu wirken, daß den Landwirten ein den gesteigerten Produktionskosten entsprechender Preis für ihre Erzeugnisse bezahlt wird.

Der Haushaltausschuss in Heidelberg.

Am vorigen Freitag folgte der Haushaltausschuss des badischen Landtags der schon wiederholt an ihn erlangenen Einladung zur Besichtigung einer Anzahl Institute und Einrichtungen der Heidelberger Universität, für welche im Budget und in den nachträglichen erhebliche Summen von Staatsgeldern mehrfach angefordert worden sind. Die Kommission wollte sich durch Augenblicke überzeugen, in welchem Maße und in welcher Höhe staatliche Aufwendungen, vor allem für das finanziell sehr gefährdete sogen. Krüppelheim in Rohrbach, zu machen sind.

Die Mitglieder des Ausschusses, 17 an der Zahl, waren jaß vollständig erschienen oder hatten Vertretungen entsandt. Das Unterrichtsministerium war vertreten durch den Kultusminister Hummel, den Geh. Rat Schwerer als Referenten für das Hochschulwesen, sowie Regierungsrat Krautinger. Die Stadt Heidelberg hatte ihren Oberbürgermeister Prof. Dr. Wals, Bürgermeister Dr. Drach, sowie mehrere Stadträte, die Universität Heidelberg Vektor und mehrere Professoren zur Begrüßung der Landtagsmitglieder entsandt; ebenso war der Landeskommissar von Mannheim, Geh. Rat Pfetsch, erschienen.

Das Programm hatte vorgesehen den Besuch der Universitäts-Kinderklinik, des Neubaus der Orthopädischen Klinik, des Krüppelheims in Rohrbach, sowie der Orthopädischen Universitäts-Klinik. Man gewann durchgängig den Eindruck, daß staatliches Eingreifen und die Bewilligung der notwendigen Mittel, trotz unserer schlechten finanziellen Lage, nicht zu umgehen sei. Erschütternde Bilder des Elends boten sich den Besuchern vor allem im Krüppelheim, das den durch Geburt oder Unglücksfall körperlich absonderlich mitgenommenen Kindern aus allen Teilen des badischen Landes eine Pflegestätte sein soll. Hier darf menschliche Hilfe und Eingabe und Herzgüte von staatlichen Mitteln nicht versagen.

In den Räumen der Kinderklinik, der größten des deutschen Reiches, die jährlich rund 2000 Kinder versorgt und 4500 Kindern ambulante Hilfe gewährt, macht sich die finanzielle Not unserer Zeit ebenfalls geltend, denn es ist ein Defizit von 30 000 Mark zu bedenken. In der Orthopädischen Klinik fehlt es allerorts an Raum und deswegen wurde es begrüßt, daß der in Schilberbad begonnene Neubau, den die Kommissionenmitglieder ebenfalls besichtigten, im nächsten Jahre bereits vollendet werden kann.

So waren es vielfache Eindrücke, welche der Haushaltausschuss bei seinem Heidelberger Besuch empfing. Die Stadt Heidelberg gab im kleinen Saale der Stadthalle ein einfaches Mittagessen, bei welchem mehrere städt. Dankesreden für den gastlichen Empfang gehalten wurden.

(Die Besichtigungen in den einzelnen Anstalten werden noch in besonderen Artikeln in der „Märk. Ztg.“ dargelegt.)

Im Landespreisamt.

fand am Samstag unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Dr. Sedt eine Sitzung der Vertreter der Handwerkskammern Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz sowie der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels statt, die sich in erster Linie mit der Wiederbelebung der Preisprüfungsstellen befaßte. An einen Vortrag des Vertreters des Ministeriums des Innern Regierungsrat Pfisterer, über die Entwicklung und die Aufgaben der Preisprüfungsstellen schloß sich eine längere Aussprache, in der die anwesenden Verbände die Unterföhrung der Preisprüfungsstellen aufgaben. Es wurde dabei der Wunsch geäußert, daß die Preisprüfungsstellen vor allem aufklärend in Verbraucherkreisen wirken sollten, ferner wurde die Fernhaltung unzuverlässiger Elemente aus Handel und Gewerbe dringend gefordert. Sodann wurde noch die Frage der Preisermittlung im Kleinhandel und der Tarife für Werklöhne eingehend behandelt.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Der Arbeitsmarkt hat in der Woche vom 14.-20. Januar gegenüber der Vorwoche keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Im allgemeinen ist die Lage auch heute noch äußerst ungünstig, obwohl es in manchen Bezirken, darunter auch in Karlsruhe gelungen ist, die Zahl der Erwerbslosen etwas zu verringern. Letzteres ist besonders auf die Bemühungen einzelner Bezirke, durch Schaffung von Notstandsarbeiten, mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge möglich gewesen.

In der Landwirtschaft hat die stärkere Nachfrage nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften angehalten. Vielfach wurden schon Saisonarbeitskräfte gesucht.

Die Industrie der Steine und Erden ruht dagegen augenblicklich noch vollständig.

Auch in der Metall- und Maschinenindustrie ist eine Besserung noch nicht eingetreten. Gesucht werden hier nur einzelne Facharbeitskräfte, die jeweils sofort gestellt werden können. Außerst ungünstig ist besonders noch die Lage für Schlosser, Mechaniker und Dreher.

In der Textilindustrie ist besonders das Seidengewerbe gut beschäftigt. Aber auch sonst werden für die ganze Textilindustrie stets noch Arbeitskräfte gesucht. Die Papierindustrie weist ebenfalls einen günstigen Beschäftigungsgrad auf.

Dagegen sind in der Lederindustrie sehr viele Sattler, Kofferer und Kofferer als Arbeitsuchende vorgemerkt. Die Beschäftigungsmöglichkeit in der Holzindustrie ist in dieser Woche etwas nachgelassen.

Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat nur für Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen Beschäftigung.

Die Bekleidungsindustrie hat sich weiter verschlechtert. Schuhmacher und Schneider werden nur noch sehr wenige verlangt.

Das Baugewerbe hat infolge des eingetretenen Frostes mit teilweise beschränkter Tätigkeit zu kämpfen.

Auch das Verbielfältigungsgewerbe liegt immer noch darnieder.

Die Lage im Handelsgewerbe ist gleichfalls noch sehr schlecht. Es war allerdings in der Berichtswache möglich, wieder eine Anzahl Bankbeamte, Holzschleute und besonders qualifizierte Arbeitskräfte in der Industrie unterzubringen.

Das Hotel- und Wirtschaftsgewerbe stellt sich bereits auf die kommende Saison ein.

Betriebsbeschränkungen und -Schließungen konnten mit Ausnahme von zwei unbedeutenden Fällen verzeichnet werden.

Erwerbslosenunterstützung wurde im Bereiche des Bad. Landesamts bezahlt an 4330 Männer und 148 Frauen im Betrage von 310 391,37 M.

Für Kurzarbeiter wurden an 1151 Männer und 304 Frauen 33 200,97 M. Zulage gewährt.

Mit Notstandsarbeiten waren in der Berichtswache 2878 Erwerbslose beschäftigt.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Konstanz, 21. Jan. Festgenommen wurden in den letzten Tagen wieder mehrere Arzneischleichhändler, die Salvarsan und Cocain in den Verkehr brachten, von dem der größte Prozentsatz gefälschte Ware ist.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Eisenbahn-Verkehrsstreik. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß nach und nach Direktionsbezirk Essen für Frachtautoverladungen Eisenbahn-Verkehrsstreik ohne jede Ausnahme verfügt worden ist.

LPD. Mannheim, 21. Jan. In der Intendantenfrage hat Geh. Rat Martensteg-Köln im Auftrag der Stadt Bochum mit der Mannheimer Stadtverwaltung verhandelt. Die Stadt Mannheim erklärte sich bereit, in die Aufhebung des Vertrages zwischen ihr und dem Intendanten Dr. Salabin Schmitt zu willigen, wenn die Stadt Bochum für die Bezahlung einer Abstandssumme von 200 000 Mark einträte. Die Bochumer Stadtverwaltung hat den Vorschlag abgelehnt.

LPD. Schwetzingen, 21. Jan. Im Gemeindevorstand rechts der Wehn nach Mannheim tritt der Rieferspinner in einem beträchtlichen Umfang auf, daß auf Anordnung der Reichsaufsichtsbehörde eine umfassende Reinigung vorgenommen werden muß, die zurzeit in der Ausführung befindlich ist. Die Kosten hierfür belaufen sich auf etwa 80 000 Mark.

LPD. Freiburg, 21. Jan. Der Ertrag der Luftverkehrssteuer für den Monat Dezember 1920 beläuft sich auf Mark 145 252,20; die Fremdensteuer betrug im selben Monat Mark 14 967,75. Die Verwaltung der vereinigten Lebensmittelämter für Freiburg läuft künftig nur einem Beamten obliegen, als welcher Expeditor Albe bestimmt wurde. Seine Hauptaufgabe wird in dem völligen Abbau der Lebensmittelämter und in der Liquidierung des Warenbestandes des Lebensmittelamts bestehen.

Aus der Landeshauptstadt.

Zum Wohltätigkeits- und Pressefest am 5. Februar wird uns noch geschrieben: Das vorgesehene Langturnier ist die erste größere Veranstaltung dieser Art in unserer Stadt und für jedermann offen. Der Veranstalter sind ausgeschlossen. Das Turnier beginnt abends 10 Uhr und zerfällt in zwei Abschnitte und die Entscheidung. Die siegenden Paare erhalten Wertgegenstände. So sind bereits jetzt von bekannten Künstlern zu diesem Zwecke Original-Abbildungen und eingetragene Aquarelle der Turnier-Leitung zur Verfügung gestellt worden. Im Preisgericht sind Herren und Damen aus Künstler-, Bühnen- und Pressekreisen tätig. Es wird nur ein technisch richtig durchgeführter, in den Bewegungen formaler und musikalischer Tanz mit guter Haltung und gutem Aussehen bewertet. Für die Turnier-Teilnehmer ist Frack und Ballettoilette vorgeschrieben. Die Turnierordnung ist in folgenden Vorverkaufsstellen zu der Veranstaltung erhältlich: Stadtgarteneinnehmer Wronner, Stadtgarteneinnehmer, Musikalienhandlung Fr. Müller, Kaiserstraße, Ede Waldstr. 15, Musikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstraße 159, Musikalienhandlung Neufeldt, Waldstraße 39, Musikalienhandlung Fr. Tafel, Kaiserstraße 82a, Schreibwarengeschäft Pflüge, Kaiserstraße 51. Das Rennungsgeld beträgt pro Paar 20 Mark, Meldungen zu dem Turnier sind bis spätestens Dienstag den 1. Februar, an Herrn Schriftleiter Richard Volzauer, Redaktion der „Badischen Presse“ abzugeben. Nennungen sind gegen Entrichtung einer Nenngebühr von 50 Mark bis eine Stunde vor Beginn des Turniers zulässig. Das Langturnier dürfte einen erhöhten Anziehungspunkt des Wohltätigkeits- und Pressefestes bilden und sicherlich den Glanzpunkt der ganzen Veranstaltung, die bekanntlich zugunsten der „Kinderhilfe“ und Fürsorgeeinrichtungen der Presse statt findet, darstellen.

sch. Bsp. physik. Demonstrationen. Im Saale des Friedrichshofes veranstaltete am Mittwoch und Donnerstagabend Dr. Adolf Mayer-Weil einen Vortragsabend, der sich am ersten Tage eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. In anschaulicher und sehr unterhaltender Weise führte der Vortragende seine Zuhörer in das umfangreiche Gebiet der Gedankenübertragung und zeigte in einer Reihe von Experimenten und Beispielen die Gedankenübertragung als auch das Gedankenlesen durch beschriebene Mittel, durch Spieltarzen usw. Im weiteren behandelte er die Telepathie und führte verschiedene Demonstrationen eines gesteigerten Konzentrationsvermögens vor. Am anderen Tag ließ sich der Vortragende 20 Zitate zurufen, welche er dann nach Ziffern ordnet und auf Zuruf der Ziffer das Zitat wiederholte; zweifelhafte Ziffern erhob er zur 3. und 4. Potenz in ungläublich kurzer Zeit; das Ziehen der 3., 4. und 5. Wurzel geschah ebenfalls rasch und sicher. Auch die Bestimmung eines jeden Wochentages auf Zuruf des Jahres und Monatsendes löste der Vortragende glänzend; nicht minder die geschichtlichen Ereignisse vom 5. Jahrtausend bis zum heutigen Tag. Die Leistungsfähigkeit seines Gehirns steigerte er zu einer Höhe, welche das Scheinbare Unmögliche möglich macht. Als höchste Leistung darf das Lösen mehrerer Aufgaben zugleich angesehen werden. Den Schluß der Vorträge, die stärksten Beifall fanden, bildeten physikalische Versuche, welche ebenfalls dankbar entgegengenommen wurden.

sch. Bsp. physik. Demonstrationen. Im Saale des Friedrichshofes veranstaltete am Mittwoch und Donnerstagabend Dr. Adolf Mayer-Weil einen Vortragsabend, der sich am ersten Tage eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. In anschaulicher und sehr unterhaltender Weise führte der Vortragende seine Zuhörer in das umfangreiche Gebiet der Gedankenübertragung und zeigte in einer Reihe von Experimenten und Beispielen die Gedankenübertragung als auch das Gedankenlesen durch beschriebene Mittel, durch Spieltarzen usw. Im weiteren behandelte er die Telepathie und führte verschiedene Demonstrationen eines gesteigerten Konzentrationsvermögens vor. Am anderen Tag ließ sich der Vortragende 20 Zitate zurufen, welche er dann nach Ziffern ordnet und auf Zuruf der Ziffer das Zitat wiederholte; zweifelhafte Ziffern erhob er zur 3. und 4. Potenz in ungläublich kurzer Zeit; das Ziehen der 3., 4. und 5. Wurzel geschah ebenfalls rasch und sicher. Auch die Bestimmung eines jeden Wochentages auf Zuruf des Jahres und Monatsendes löste der Vortragende glänzend; nicht minder die geschichtlichen Ereignisse vom 5. Jahrtausend bis zum heutigen Tag. Die Leistungsfähigkeit seines Gehirns steigerte er zu einer Höhe, welche das Scheinbare Unmögliche möglich macht. Als höchste Leistung darf das Lösen mehrerer Aufgaben zugleich angesehen werden. Den Schluß der Vorträge, die stärksten Beifall fanden, bildeten physikalische Versuche, welche ebenfalls dankbar entgegengenommen wurden.

